

## Ordnung

DGB und Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung der Arbeit. Unter anderem soll der Niedriglohnsektor eingedämmt werden **SEITE 1**

## Rente

Mit der „Altersflexi-Regel“ der IG BAU sollen auch Beschäftigte aus belastenden Berufen flexibel in Rente gehen können **SEITE 3**

## Wandel

DGB und Gewerkschaften fordern, die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen zu erleichtern **SEITE 4**

## Weckruf

Eine große Umfrage der IG Metall zeigt: Die Politik diskutiert im Wahlkampf an den Interessen der Beschäftigten vorbei **SEITE 5**

### Neue Ordnung der Arbeit

## Niedriglöhne und Altersarmut bekämpfen

„Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit, weil der deutsche Arbeitsmarkt tief gespalten ist nach drei Jahrzehnten neoliberaler Deregulierung und Abbau von Arbeitnehmerrechten“, fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mit Blick auf die Bundestagswahl 2013.

Er kritisiert, dass Deutschland inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa habe. „Mit Niedriglöhnen nimmt die Erwerbsarmut zu und mit ihr die Altersarmut. Welche Langfristfolgen das haben wird, können wir heute nur erahnen“, so Sommer. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs oder befristete Arbeitsverhältnisse seien Synonyme für schlecht bezahlte Arbeit und oftmals miese Arbeitsbedin-

gungen. Scharfe Kritik übt er an der hohen Zahl sogenannter Aufstocker: „Es ist schon eine perfide Strategie mancher Arbeitgeber, die Leute so schlecht zu bezahlen, dass der Lohn auch bei Vollzeit nicht mehr zum Leben reicht.“

Auch bei den so genannten Normalarbeitsverhältnissen, also regulärer, unbefristeter Beschäftigung, nehmen die Probleme zu. „Auch hier wächst die Unsicherheit zum Beispiel durch Umstrukturierungen, Arbeitsplatzabbau und Tariffucht“, sagt Michael Sommer. Der Arbeitsdruck und die Leistungsverdichtung würden steigen, und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen wie ständige Erreichbarkeit, Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit würden nicht oder nur halbherzig bekämpft.

Um die Arbeit neu zu ordnen, brauche es starke Tarifpartner sowie Betriebs- und Personalräte. Die Tarifbindung und die Mitbestimmung müssten gestärkt werden – auch im Handwerk. „Die Sozialpartner können viel und leisten noch viel mehr. Aber sie können nicht allein reparieren, was die Politik zerstört hat“, so Sommer. Ohnehin bliebe die Wirkungsmöglichkeit der Sozialpartner begrenzt, wenn es nicht gelänge, die Geltung von Tarifverträgen und die Tarifbindung wieder zu stärken.

Den politischen Entscheidungsträgern warf er vor, dass sie die „schützenden Deiche eingegrissen und den Arbeitsmarkt mit Befristungen, Minijobbern, Solo-Selbständigen und Hartz IV-Aufstockern geflutet haben“. Politische Entscheidungen seien maßgeblich verantwortlich „für den verwahrlosten

Zustand auf dem Arbeitsmarkt“. „Darum steht an allererster Stelle die Politik in der Pflicht, für eine neue Ordnung der Arbeit zu sorgen“, erklärt der DGB-Vorsitzende.

Neue Regeln brauche es vor allem für folgende Bereiche: die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, die Bekämpfung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigung, den Erhalt und die Schaffung von mehr und besser geschützten, unbefristeten und Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die wirksamere Unterstützung von Arbeitslosen. „Nachdem man sich jahrzehntelang an den Bedürfnissen des Marktes orientiert hat, ist es an der Zeit, sich den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuzuwenden.“

### Immer mehr prekär Beschäftigte

Sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte und prekär Beschäftigte 2011 (in Millionen)

Sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte

**22,7**

Geringfügig Beschäftigte

**7,4**

Sozialversicherte Teilzeitbeschäftigte

**5,0**

Befristet Beschäftigte

**2,8**

LeiharbeiterInnen

**0,9**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

2011 gab es rund 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigte, fünf Millionen in Teilzeit und circa 900 000 LeiharbeiterInnen.

Copyright: Einblick

### Minijob-Alltag

In einer neuen Broschüre des DGB berichten Minijobberinnen und Minijobber über ihren oft prekären Arbeitsalltag. Darunter sind auch Beschäftigte aus

Bäckereien, der Gebäudereinigung und ein Mitarbeiter eines Metallbauers. Ihre Geschichten zeigen: Die Forderung des DGB nach einer Reform der Kleinstarbeitsverhältnisse ist überfällig. Die Broschüre „Sackgasse Minijob – Betroffene berichten“ kann online bestellt werden: [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)



## Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Das gilt besonders beim Vermögen. Doch auch bei den Löhnen spreizt sich die Schere weiter. Eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung dokumentiert: Der deutsche Niedriglohnsektor ist einer der größten in der Europäischen Union – 22,2 Prozent der Beschäftigten in Deutschland verdienen weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohnes. Der EU-Durchschnitt liegt bei 17,0 Prozent. Nur in den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Zypern ist der Anteil der Niedriglöhner noch größer.

DGB und Gewerkschaften fordern: Der Niedriglohnsektor muss trocken gelegt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro muss kommen. Minijobs müssen ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sein. Zudem muss in der Leiharbeit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ konsequent durchgesetzt werden. Dem massiven Missbrauch von Werkverträgen muss der Garaus gemacht werden. Beim Thema Minijobs machen die Gewerkschaften Druck: Gemeinsam mit Frauen- und Sozialverbänden und WissenschaftlerInnen fordern wir, die Minijobs endlich zu reformieren.

Eine Umfrage der IG Metall zeigt: Die ArbeitnehmerInnen wollen eine neue Ordnung der Arbeit. So bezeichnen 88 Prozent der rund 514.000 Befragten einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“. 83 Prozent wollen ein verlässliches Einkommen. Deutliche Signale, dass sich die ArbeitnehmerInnen in Deutschland faire und sichere Arbeitsbedingungen wünschen. DGB und Gewerkschaften appellieren deshalb an die Politik, auf die Sorgen der Menschen einzugehen. Die IG Metall-Umfrage ist eine der umfassendsten Erhebungen zu zentralen politischen und betrieblichen Gestaltungsfragen unter Beschäftigten. handwerksinfo stellt die wichtigsten Ergebnisse auch aus dem Handwerk vor.

Wir zeigen zudem, wie das Projekt „Vertreten - Verbinden – Verantworten“ (VVV) Betriebe erfolgreich unterstützen kann, ihre Ressourcen effizienter zu nutzen. Die Lösung: Die Beschäftigten werden fit gemacht, ihr Fachwissen über betriebliche Abläufe innovativ einzubringen. Wie gut Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen auch an anderer Stelle im Handwerk zusammenarbeiten können, zeigt die Initiative „Build Up Skills“. Mit dieser werden die Beschäftigten im Baugewerbe in der energetischen Gebäudesanierung fit gemacht. Mit großem Erfolg, wie sich zeigt. Das Projekt sollte unbedingt fortgeführt werden, um die Ziele in der Energie- und Klimapolitik zu erreichen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Energiewende, die an anderer Stelle leider nur sehr schwer vom Fleck kommt. Auch dort hat die kommende Bundesregierung eine Menge dicker Bretter zu bohren.

*Dietmar Hexel, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand*



Dietmar Hexel,  
DGB-Vorstandsmitglied  
zuständig für  
Handwerkspolitik

Copyright: Simone M. Neumann

Bündnis

## Minijobs reformieren

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Frauen- und Sozialverbänden sowie WissenschaftlerInnen hat die Politik aufgerufen, Minijobs zu reformieren. Der Minijob sei kein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung, sondern eine Niedriglohnfalle, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, warnt, besonders für verheiratete Frauen sei diese Form der Beschäftigung ein „Super-Kleber“ in perspektivlosen Jobs mit einem Aushilfslohn. Deshalb fordern unter anderem DGB, Deutscher Frauenrat, Arbeiterwohlfahrt und der Verband berufstätiger Mütter, den rechtlichen Sonderstatus von Minijobs abzuschaffen. Unterstützung finden die 16 Verbände bei 23 WissenschaftlerInnen. So bezeichnet Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen Minijobs als „Absurdität in Zeiten des Fachkräftemangels“ und betont, dass insgesamt 71,2 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich nur Niedriglöhne bekommen. Das Bündnis fordert, alle Arbeitsplätze müssten gleich behandelt, gleich bezahlt und gleich versichert sein. Das DGB-Konzept sieht an dieser Stelle eine Gleitzone vor. So übernimmt der Arbeitgeber bei einem Einkommen bis 100 Euro die Sozialversicherung komplett. Anteilig steigt dann die Beteiligung der Beschäftigten. Ab 800 Euro sollen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber paritätisch in die Sozialversicherungen einzahlen. Profitieren würden davon auch viele Beschäftigte im Handwerk. So ist die Minijob-Quote unter den GebäudereinigerInnen mit 43,3 Prozent sowie im Nahrungsmittelhandwerk mit 24,5 Prozent sehr hoch.



Mindestlohn

## Immer mehr dafür

Anlässlich der Siegerehrung des DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerbs und der Veröffentlichung der neuesten Mindestlohnumfrage des DGB hat DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki einen Politikwechsel gefordert. Er kritisierte die anhaltende Blockadehaltung der Bundesregierung beim Thema gesetzlicher Mindestlohn. Seit Jahren befürwortet eine große Mehrheit der Deutschen die Einführungen eines gesetzlichen Mindestlohns. Die aktuelle Umfrage des DGB zeigt:

Seit 2006 ist die Zustimmung zum Mindestlohn um fast 30 Prozentpunkte gestiegen. Das sei das Verdienst der Gewerkschaften und der Mindestlohnkampagne des DGB, erklärte Matecki: „Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich gedreht, und das ist auch unser Erfolg.“ Mit ihrer Blockadehaltung handle die Regierung gegen den Willen der eigenen Anhänger. Ein voller Erfolg war der DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerb. Der DGB hatte dazu aufgerufen, fotografisch zu veranschaulichen, wie harte, schlechte, aber auch zufriedenstellende Arbeit und ihre Folgen aussehen. Über 300 Fotografien wurden eingereicht. Platz 1 ging an den ambitionierten Hobby-Fotografen Lutz Jänichen aus Berlin. Die Siegerfotos können online angesehen werden: [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)



*Das Siegerfoto des DGB-Fotowettbewerbs von Lutz Jänichen*

Copyright: Lutz Jänichen

### Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Handwerkspolitik  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Telefon: 030 / 2 40 60 - 309, Telefax: 030 / 2 40 60 - 670  
E-Mail: [handwerk@dgb.de](mailto:handwerk@dgb.de)  
Internet: [www.handwerk.dgb.de](http://www.handwerk.dgb.de)  
Verantwortlich: Dietmar Hexel  
Redaktion: Helmut Dittke  
Redaktionelle Bearbeitung: Graewis Verlag GmbH  
Gestaltung, Druck und Vertrieb: PrintNetwork pn GmbH

Rente im Baugewerbe

## Flexibel in den Ruhestand – auch im Handwerk

Seit langem fordern die Gewerkschaften flexible Übergänge in die Rente. Die IG BAU hat jetzt einen Vorschlag vorgelegt, der das auch ArbeitnehmerInnen in Kleinbetrieben und mit besonders belastenden Berufen ermöglichen soll. Die „Altersflexi-Regelung“ soll verhindern, dass gesundheitlich beeinträchtigte Beschäftigte in Hartz IV und später in Altersarmut abrutschen.

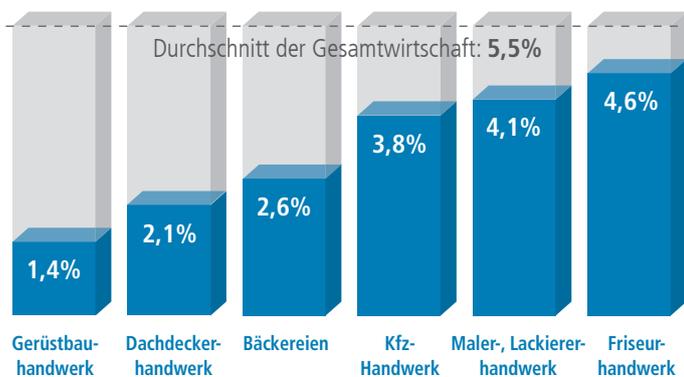
Bis 67 arbeiten? Das schaffen viele nicht. Besonders betroffen: die Bauberufe, aber auch viele weitere Handwerksberufe. Schon heute droht hier besonders vielen ArbeitnehmerInnen, dass sie wegen Verschleißerkrankungen vor der Altersrente aus dem Arbeitsleben gedrängt werden. Dann drohen Langzeitarbeitslosigkeit, Hartz IV und große Abschlüge bei der Rente.

Weiteres Problem: Im Handwerk können Altersteilzeit, Teilrente & Co. – also Instrumente für flexible Übergänge – kaum angewendet werden. Was in großen Industriebetrieben funktionieren kann, geht in kleinbetrieblich geprägten Handwerksbranchen oft einfach nicht. Diese Lücke soll die „Altersflexi-Regelung“ schließen, die die IG BAU vor kurzem vorgestellt hat. In einem ersten Schritt wird sie für die Baubranchen gefordert. Das Modell könnte aber auch für weitere Branchen von Interesse sein.

Nach dem Willen der IG BAU soll künftig ein flexibles Altersübergangsgeld die Verdienstauffälle der Baubeschäftigten im Alter von 58 bis 63 Jahren ausgleichen. Ziel der so genannten Altersflexi-Regelung ist ein möglichst langer Verbleib im Berufsleben. „Wenn Bauarbeiter sich kaputt gearbeitet haben und nicht mehr können, dann mussten sie bislang gehen“, beschreibt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel den Status Quo. „Für Baubeschäftigte bedeutet das vorzeitige Aus im Job Armut für den Rest ihres Lebens.“ Dem setzt die Gewerkschaft nun ihr Altersübergangsgeld „Altersflexi“ entgegen.

### Beschäftigung Älterer im Handwerk unterm Schnitt

Anteil der über 60-Jährigen im Betrieb\*, nach Branchen/Berufen\*\*



\*an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Quelle: IG BAU, 2010  
\*\*qualifizierbare Daten liegen nur für männliche Beschäftigte vor

Studien belegen: Gerade Beschäftigte im Handwerk schaffen es oft nicht, bis zur Rente durchzuhalten. Ein Beleg dafür: Der Anteil der über 60-Jährigen ist bei den Gerüstbauern, bei den Dachdeckern und den BäckerInnen sehr gering. Weitere Infos zum Thema gibt die Broschüre „Gute Renten im Handwerk“, die im Internet unter [www.handwerk.dgb.de](http://www.handwerk.dgb.de) bestellt werden kann.

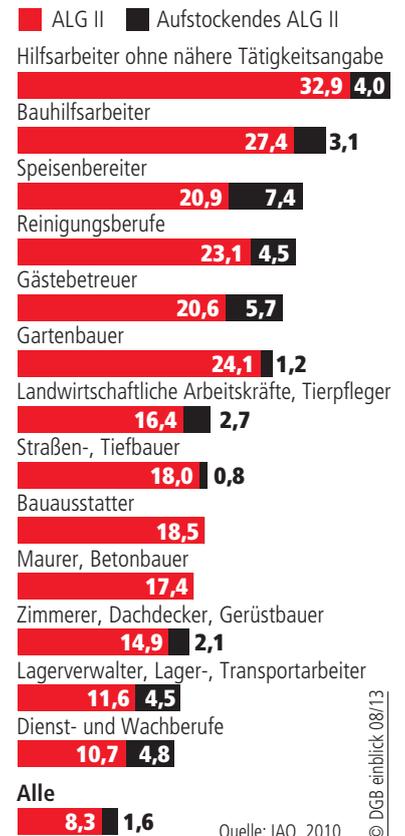
Die Flexi-Lösung besteht aus drei Elementen: Das Altersflexi-Geld beträgt 60 Prozent des Bemessungsentgeltes für nicht geleistete Arbeitsstunden. Kann also jemand nur zehn Stunden seinem ursprünglichen Job nachgehen und ist nicht anderweitig im Unternehmen einsetzbar, erhält er für die verbleibenden Stunden Altersflexi-Geld. Zweites Element ist der Transferberater: Er soll betroffene Beschäftigte und Betriebe bei der Suche nach einer neuen Tätigkeit unterstützen. Letztes Element ist das Zugangsverfahren. Um Missbrauch zu vermeiden, muss ein medizinisches Gutachten nachvollziehbar belegen, dass die aktuelle Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht länger in Vollzeit ausgeübt werden kann.

Mit Hilfe des „Betrieblichen Eingliederungsmanagements“ ist zu prüfen, ob der Arbeitnehmer mit besonderen Hilfen oder Unterstützungsleistungen auf seinem Arbeitsplatz verbleiben oder eine ähnliche Tätigkeit ausüben kann. Schließlich müssen die gesundheitlichen Gründe für eine wirksame Kündigung vorliegen. Dabei kann die Regelung auch greifen, wenn es sich um einen Kleinbetrieb handelt, in dem kein Kündigungsschutz existiert. Als Faustregel gilt: Wenn alle Alternativen geprüft wurden und wenn eine wirksame Kündigung droht, gibt es Altersflexi-Geld. Die maximale Bezugsdauer für dieses Übergangsgeld soll fünf Jahre betragen. Die von der IG BAU vorgestellte Branchenlösung orientiert sich am Saison-Kurzarbeitergeld. Sie soll von den Tarifvertragsparteien und dem Staat getragen werden.

Dabei zahlen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen zu tarifvertraglich festgelegten Teilen in einen Umlagefonds ein. Die weitere Finanzierung erfolgt aus den bislang als Arbeitslosengeld gezahlten Geldern der Agentur für Arbeit sowie aus Steuermitteln. Rund fünfzig Millionen Euro werden die Mehrkosten betragen, schätzt Klaus Wiesehügel. Das Umlagemodell der IG BAU muss aber noch mit den Arbeitgebern der Branche verhandelt werden. Von der Politik erwartet Wiesehügel, dass sie sich nicht rauhält: „Das muss mit Gesetzen und auch finanziell unterstützt werden“, betont der IG BAU-Vorsitzende. Eine grundsätzliche Kehrtwende in der Rentenpolitik sei notwendig – das gilt für Betroffene im Baubereich wie für alle anderen Branchen. „Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf nicht Gefahr laufen, kurz vor der Rente in Hartz IV zu stürzen.“

### Von ALG II in Rente

Anteil der männlichen Altersrentner in ausgewählten Berufen, die unmittelbar vor Renteneintritt ALG II bezogen haben. (in Prozent)



Quelle: IAQ, 2010

© DGB einblick 08/13

Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Anteil der gewerblichen Beschäftigten in der Bauindustrie, die aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II in die Altersrente wechseln. Schon das in der Vergangenheit geltende Renteneintrittsalter von 65 Jahren erreichten Baubeschäftigte selten. Branchenübergreifend liegt die Quote der über 64-jährigen Vollzeitbeschäftigten bei nicht einmal zehn Prozent.

## Erleichtern und stärken

*Die Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung der Arbeit. Um der Erosion des Tarifvertragssystems zu begegnen, gehört dazu auch, die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen zu erleichtern.*

Das Tarifsystem ist unter Druck. 2012 waren gerade mal noch 32 Prozent der Betriebe im Westen tarifgebunden, im Osten 18 Prozent. Nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten unterliegt einem Flächentarifvertrag. Zur Schwächung des Tarifsystems haben die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte beigetragen, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki anlässlich einer gemeinsamen Tagung von DGB und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung Ende Juni. Immer mehr Menschen müssen ihr Gehalt mit Transferleistungen aufstocken, wodurch sich nicht tarifgebundene Arbeitgeber gegenüber tarifgebundenen Wettbewerbsvorteile verschaffen. Eine weitere Ursache neben dem wachsenden Niedriglohnsektor sind Austritte aus den Arbeitgeberverbänden und Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung (OT-Mitgliedschaften).

Und: Immer weniger Tarifverträge werden für allgemeinverbindlich erklärt. Um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen, sei der Gesetzgeber gefordert, so Matecki. Dazu gehört auch, die AVE von Tarifverträgen zu erleichtern.

Die AVE ist ein bewährtes Instrument, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Sie verhindert Nachteile zu Lasten der tarifgebundenen Unternehmen und ihrer Beschäftigten. In den letzten Jahrzehnten hat die AVE stark an Bedeutung verloren: Von 1991 bis 2012 ist die Zahl allgemeinverbindlicher Tarifverträge von 622 auf 489 gesunken. Gerade mal 1,5 Prozent aller Tarifverträge sind heute noch allgemeinverbindlich. Die AVE wird vom Bundesarbeitsministerium (BMAS) auf gemeinsamen Antrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erlassen. Mindestens 50 Prozent der Beschäftigten der Branche müssen dem Tarifvertrag unterliegen. Dieses Quorum wird nur noch selten erreicht. Zudem muss ein „öffentliches Interesse“ bestehen. Und: Der paritätisch mit Arbeitgeber- und GewerkschaftsvertreterInnen besetzte



Copyright: Sebastian Henneke

*Gute Erfahrung mit AVE haben Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Baubranche gemacht.*

Tarifausschuss entscheidet über die Empfehlung, welche Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden sollen. Zunehmend mauern die Arbeitgeber und blockieren AVE-Anträge, selbst wenn beide Tarifpartner der Branche dafür sind.

Der DGB fordert, das 50-Prozent-Quorum zu streichen. Zudem ist es aus Sicht des DGB not-

wendig, das „öffentliche Interesse“ zu präzisieren. „Im öffentlichen Interesse liegt es, dass Lohndumping verhindert wird. Unternehmen sollten nicht über niedrige Löhne miteinander konkurrieren, sondern über die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Öffentliches Interesse sei „auch dann gegeben, wenn es darum geht, soziale Standards und das Tarifvertragssystem zu sichern“.

Auch Arbeitgebervertreter unterstützen eine Reform der AVE. Für Harald Schröder, Geschäftsführer für Sozial- und Tarifpolitik im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, ist sie eines der wichtigsten politischen Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode, „sonst bricht irgendwann das ganze Kartenhaus zusammen“. Gerade in der Baubranche habe sich die AVE bewährt. Nicht nur die tariflichen Mindestlöhne sind dort für allgemeinverbindlich erklärt worden, auch die Tarifverträge über das Winter-Kurzarbeitergeld und die Bau-Sozialkasse (SOKA BAU) sorgen über die AVE für gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Während die Regierungsparteien keine Notwendigkeit zur Reform sehen, haben SPD, Grüne und Linke längst eigene Gesetzesentwürfe vorgelegt, die alle von Schwarz-Gelb abgeschmettert wurden. Die Opposition ist sich einig, dass die Voraussetzungen für die AVE erleichtert werden müssen.

### Mindestlöhne im Handwerk

Derzeit gibt es im Handwerk sechs allgemein verbindliche Tarifverträge mit Branchen-Mindestlöhnen:

Branchenmindestlohn	West	Ost
Bauhauptgewerbe	11,05*	10,00
Dachdeckerhandwerk	11,00	11,00
Gerüstbauerhandwerk	10,00	10,00
Elektrohandwerk	9,80	8,65
Gebäudereinigerhandwerk	8,82	7,33
Maler- und Lackiererhandwerk	9,75	9,75

\* Angaben in Euro

Quelle: WSI 2012

## Weckruf an die Politik

Die Parteien diskutieren im Wahlkampf bisher völlig an den Menschen vorbei. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der IG Metall.

Insgesamt hat die Gewerkschaft rund 514.000 ArbeitnehmerInnen danach befragt, welche Themen bei der Bundestagswahl 2013 für sie wichtig sind. Allem voran fordern die ArbeitnehmerInnen eine neue Ordnung der Arbeit. So bezeichnen 88 Prozent von ihnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“. 83 Prozent wollen ein verlässliches Einkommen.

oder „wichtig“, die soziale Sicherung aus Renten-, Gesundheits-, Pflege-, und Arbeitslosenversicherung zu stärken. Jeweils 94 Prozent plädieren für bessere Bildungschancen und ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum.

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, stellt klar: „Deutschlands Beschäftigte sind es leid, dass an ihnen vorbeigeregt wird.“ Den einsamen Entscheidungen in den Elfenbeintürmen von Politik und Wirtschaft setze die IG Metall Demokratie entgegen. So sei Betei-

Die große Mehrheit der Betriebe ist nicht auf eine älter werdende Belegschaft vorbereitet. Nur vier Prozent schätzen die Situation in ihrem Betrieb als „sehr gut“ ein. 29 Prozent halten sie für „gut“. Demgegenüber stehen 48 Prozent, die in ihrem Unternehmen nur sehr wenig oder keine Vorkehrungen sehen. Dabei haben die befragten ArbeitnehmerInnen klare Vorstellungen, wie sie gesund und leistungsfähig bis zur Rente durchhalten können. So fordert ein Großteil, den Arbeitsplatz ergonomischer zu gestalten. Außerdem wollen sie Arbeitsmenge und -tempo selbst einteilen. Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, legen rund 80 Prozent Wert auf klar festgelegte Arbeitszeiten.

### Soziale Sicherung stärken

Anteil der Befragten, die die Aussagen sehr wichtig oder wichtig finden (in Prozent)



Quelle: IG Metall-Befragung „Arbeit: Sicher und fair“ 2013

© DGB eimblick 12/13

Soziale Sicherung, bessere Bildungschancen, mehr Verteilungsgerechtigkeit – das sind die Themen, bei denen sich die Beschäftigten mehr Einsatz der Parteien wünschen.

Über 90 Prozent fordern, dass der Niedriglohsektor eingedämmt wird. Das sei Aufgabe der Politik, betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Huber kritisiert, dass die Parteien bisher im Wahlkampf nicht auf die Anliegen der Menschen eingegangen sind. Neben einer neuen Ordnung der Arbeit wollen sie vor allem faire Altersübergänge, gerechte Bildungschancen und bessere Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Der IG Metall-Vorsitzende vermisst bislang eine Debatte über diese Fragen. „Ich sage der Politik: Sie werden die Menschen nur dann für Wahlen begeistern, wenn sie deren Themen bearbeiten“, so Huber.

Die Befragung kann den Parteien als Kompass dienen, worauf es für die Menschen ankommt. So halten es 97 Prozent für „sehr wichtig“

ligung ein Schlüsselthema, die Politik müsse die Interessen der Menschen mehr berücksichtigen. „Deshalb fordern wir neben einer Stärkung der Volksentscheide auf politischer Ebene auch in den Betrieben mehr individuelle Beteiligungsrechte der Beschäftigten – für alle Fragen zu ihrer Arbeitssituation“, so Wetzel.

Die Befragung zeigt: Für die Unternehmen gibt es viel zu tun. Vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Weiterbildung und bei alternsgerechten Arbeitsplätzen sehen die Beschäftigten großen Handlungsbedarf. So geben 57 Prozent an, dass ihr Betrieb keine ausreichenden Möglichkeiten zur Weiterbildung bietet. Jede/r Zweite vermisst jegliche Unterstützung durch den Vorgesetzten. Vielen fehlt zudem schlicht das Geld, um sich eine Auszeit zur Fortbildung zu leisten. Dabei geben 70 Prozent an, dass Weiterbildung für ihren Job wichtig ist.

Die IG Metall-Befragung ist die bislang umfassendste Erhebung zu zentralen politischen und betrieblichen Gestaltungsfragen unter Beschäftigten aus Industrie und Handwerk. Insgesamt wurden ArbeitnehmerInnen aus rund 8400 Unternehmen befragt. Knapp ein Drittel der Befragten gehört keiner Gewerkschaft an. Jeder vierte Befragte ist 35 Jahre alt oder jünger. Die IG Metall will die Ergebnisse auch für die eigene gewerkschaftliche Arbeit nutzen. 44 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich selber stärker für die Interessen ihrer KollegInnen einsetzen wollen.

### Republik der Nichtwähler

Die IG Metall fordert, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Aus gutem Grund, denn schon jetzt ist der Anteil der NichtwählerInnen besorgniserregend. Das zeigt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Demnach ist die Wahlbeteiligung auf allen Ebenen der Politik in den vergangenen 30 Jahren stark zurückgegangen. Der Anteil von Nicht-WählerInnen ist in den alten Bundesländern von knapp 12 Prozent bei der Bundestagswahl 1983 auf 28,7 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. In Ostdeutschland von 26,6 Prozent (1990) auf 36,4 Prozent (2009). Eine ernste Gefahr für die Demokratie, warnt die FES. Die AutorInnen der Studie machen aber auch Hoffnung: Viele der Nicht-WählerInnen seien „Wähler im Wartestand“ und für die Parteien mit den richtigen politischen Themen erreichbar.

## Beschäftigte als Experten

*Mit Ressourcen sparsam und nachhaltig umzugehen, ist eine zentrale Herausforderung der Zukunft. Auch Betriebe im Handwerk müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Das Projekt „Vertreten – Verbinden – Verantworten“ (VVV) leistet dabei Unterstützung und Hilfe.*

Spätestens seit der Energiewende ist klar, dass auch die Handwerksbetriebe einen Beitrag zu einem nachhaltigen Umbau der Gesellschaft leisten müssen. Dieser soll neben der Einsparung bei Energie und Materialien im eigenen Betrieb auch mit Blick auf die Gewerke seine Wirkung zeigen.

DGB, DGB-Bildungswerk Bund sowie Arbeit und Leben bieten mit dem Projekt „Vertreten – Verbinden – Verantworten“ Unterstützung an. Ressourceneffizienz – also der sparsame Umgang mit Energie, Material und Rohstoffen – wird auch für kleinere und mittlere Unternehmen zu einer Zukunftsfrage: wirtschaftlich und ökologisch. Betriebe, die Energie und Material einsparen, sparen damit Geld.

Die Vergaberichtlinien der öffentlichen Auftraggeber verlangen zudem immer häufiger, dass ressourcenoptimierte Verfahren zur Erstellung, Erneuerung und Wartung von Anlagen oder Betrieben eingehalten werden. Günstiger Nebeneffekt für das Handwerk: Die Werbung von Nachwuchs und Auszubildenden gelingt leichter, wenn in der Öffentlichkeit ein positives Bild des Betriebes gerade im Hinblick auf nachhaltige Energie- und Materialeinsparungen erkennbar wird.

Studien belegen, dass der Bedarf in Sachen Ressourceneffizienz groß ist. Im Rahmen einer Umfrage unter Handwerksbetrieben in Nieder-



**vertreten verbinden verantworten**

*Wenn Unternehmen gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsbewusst handeln wollen, gelingt das nur gemeinsam mit den Beschäftigten. Das gilt auch im Handwerk. Darum heißt ein zentrales Ziel des Projekts „Vertreten – Verbinden – Verantworten“ (VVV): Die Beschäftigten und ihren ehrenamtlichen Einsatz fördern. Das bedeutet, die Ideen der Beschäftigten zu nutzen. Und es heißt, das Wissen und die Fähigkeiten der Beschäftigten in Entscheidungsprozesse innerhalb und außerhalb der Betriebe einzubringen. Das Projekt setzt dabei auf zwei Schwerpunkte: Ehrenamt in der Selbstverwaltung des Handwerks sowie Ressourceneffizienz im Handwerk.*



Copyright: Barbara Eckholdt/pixelio.de

*Studien sehen auch im Bäckerhandwerk energetische Einsparpotenziale. Im Fokus dabei: Der große Energieeinsatz für Öfen und Kühlungen. Eine Studie der Rationalisierungsgemeinschaft Handwerk Schleswig-Holstein hat Energiekosten für Bäckereien mit zwölf Beschäftigten bei rund 30.000 Euro, für Bäckereien mit 70 Beschäftigten bei rund 160.000 Euro im Jahr festgestellt. Auch hier könnten Gesellinnen und Gesellen ihr Wissen für Einsparungen mit einbringen.*

sachsen wurde berichtet, dass in vielen die Energieverbräuche und -kosten bekannt seien. Im Fokus stehen dabei die Beleuchtung, Heizungen, die Wärmedämmung sowie die Druckluft. Das „vdi-Zentrum Ressourceneffizienz“ sieht für die metallverarbeitenden Branchen eine weitere Verbesserung der Energie- und Materialeinsparung zwischen fünf und 21 Prozent. Das heißt, ein Großteil der Betriebe könnte rund zehn Prozent Energie einsparen. Allerdings gelte es Investitionszyklen in den Betrieben zu berücksichtigen. Die Hebung dieser Potentiale wird nicht von heute auf morgen erreicht werden können.

Hier setzt das vom Bundesarbeitsministerium (BMAS) geförderte Projekt VVV an: In Verbindung mit der Umsetzung energieeffizienter betrieblicher Maßnahmen sollen die Beschäftigten sensibilisiert werden, um Einsparpotenziale im Betrieb, am Gewerk und im eigenen Haushalt besser erkennen zu können.

Um diese zu ermitteln, muss im Betrieb eine detaillierte und zuverlässige Datenbasis für ein Energie- und Materialmanagementsystem unter Mitarbeit der Beschäftigten geschaffen werden. Das Projekt unterstützt die Basiserfassung und erarbeitet gemeinsam mit den Betrieben entsprechende Maßnahmen zur Beurteilung. Die Folge: Die Betriebe bleiben wettbewerbsfähig – ohne Arbeitsplatzabbau oder Lohndumping. Gleichzeitig ist Ressourceneffizienz ein echter Gewinn für die Umwelt. Im Handwerk kennen die Beschäftigten die Abläufe in ihren Betrieben am besten – und wissen deshalb in der Regel auch, wo sich Energie und Material am effizientesten einsparen lassen. Dieses Wissen zu fördern, zu nutzen und in konkreten Maßnahmen im Betrieb umzusetzen, ist ein Ziel des Projekts.

### Energiewende: Möglichkeiten nutzen

DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel fordert, die Energiewende zum Treiber und Katalysator der sozialen und ökologischen Modernisierung der Gesellschaft zu machen. „Sie kann eine sichtbare Alternative für besseres Wirtschaften und qualitatives Wachstum in Europa darstellen. Die Folgen der Klimakatastrophe werden gemildert, Energie mittelfristig kostengünstiger und Arbeitsplätze in breitem Rahmen geschaffen.“ Das würden die Gewerkschaften unter einem „Meisterstück Energiewende“ verstehen, so Hexel. Deutschland sei in der Lage, die Energiewende zu schaffen. „Wir haben die technologischen und finanziellen Möglich-

keiten dafür. Doch wer die Engpässe Speicher, Netze, Fachkräfte, Investoren und Akzeptanz der Bevölkerung nicht angeht, verspielt eine riesige Chance für den Industriestandort Deutschland und neuen Wohlstand für alle“, warnt Hexel. Unter anderem müsste bei der energetischen Gebäudesanierung das Fördervolumen auf fünf Milliarden Euro jährlich aufgestockt werden. So könnten im Handwerk Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, zum Beispiel in der Bauwirtschaft, der Dämmstoff- und Isolierglasindustrie sowie der Gebäudetechnik.

DGB-Positionspapier zu Energiewende unter: [www.handwerk.dgb.de](http://www.handwerk.dgb.de)

Weitere Infos zur Teilnahme: [www.verantwortung-im-handwerk.de](http://www.verantwortung-im-handwerk.de)

IG BAU

## Schwarzer Tag für entsandte Arbeitnehmer

Die IG BAU fordert die Bundesregierung auf, dem Vorschub von Sozialdumping aus Brüssel unverzüglich einen Riegel vorzuschieben. Nachdem der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) Mitte Juni der massiven Beschneidung der Rechte entsandter Arbeiter zugestimmt hat, muss die deutsche Regierung die EU-Kommission stoppen. Der Beschluss läuft darauf hinaus, dass gemäß der so genannten Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie für ArbeitnehmerInnen das Herkunftslandprinzip zugunsten besonders übler Entsendefirmen gilt.

„Wer von diesen Firmen demnächst aus einem Niedriglohnland in ein Hochlohnland entsandt wird, hat dann nur noch Aussicht auf den meist niedrigeren Lohn in seiner Heimat statt auf den Lohn im Gastland“, kritisiert der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe die Möglichkeiten, die EU-Kommission in die Schranken zu weisen. „Sie muss diese jetzt nutzen und die Novelle der Durchsetzungsrichtlinie komplett stoppen“, sagt Schäfers.



Copyright: Sebastian Hermeke

Mit einem symbolischen „Zombiewalk“ hat die IG BAU gegen die Pläne der EU-Kommission demonstriert. Die Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie sei ein „Wiedergänger“ der vor einigen Jahren erfolgreich blockierten „Bolkestein-Richtlinie“.

Altersvorsorge

## Jugend informiert sich

Mit der Altersvorsorge kann man nicht früh genug beginnen. Aus diesem Grund hat der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund Dr. Herbert Rische Auszubildende des Handwerks in der Gewerbe-Akademie am Standort Offenburg besucht. Werner Baas, Vizepräsident der Handwerkskammer Freiburg, begrüßte ihn und den CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß zu einer gemeinsamen Diskussion mit den Jugendlichen.



Copyright: SHWK Freiburg

Die Auszubildenden folgen mit großem Interesse den Ausführungen von Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, der zu Gast in der Handwerkskammer Freiburg war.

Rische räumte gleich zu Beginn mit einem gängigen Vorurteil auf, wonach die heutige Jugend später nichts mehr von ihrer Rente habe. „Natürlich kommt für Sie noch was raus. Eine Gesellschaft kann es sich gar nicht leisten, sich nicht um die Versorgung der älteren Generation zu kümmern“, so Rische.

In der gemeinsamen Diskussion stellten die Auszubildenden ihre Meinung zu den Themen demografischer Wandel, Geburtenquote und Generationenvertrag dar. So appellierte ein angehender Handwerker an die Politik: „Damit wir in Zukunft wieder für geburtenstärkere Jahrgänge sorgen können, muss die Politik heute schon die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.“ Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ging es um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Rische zeigte Verständnis für die Sorgen der Auszubildenden und fasste abschließend zusammen:

„Die Rentenversicherung kann immer nur so gut sein, wie der Staat die Rahmenbedingungen gestaltet.“ Und an die Auszubildenden gerichtet: „Lasst euch gut beraten.“

Projekt: Build Up Skills

## DGB für Fortsetzung

Um Beschäftigte im Baugewerbe in Sachen energetische Gebäudesanierung fit zu machen, ist das Projekt Build Up Skills unter Beteiligung von Gewerkschaften, Kammern, Verbänden und Ministerien erfolgreich initiiert worden. Der DGB und die Gewerkschaften wollen den begonnen Dialog fortsetzen. Um die Beschäftigten zu erreichen, soll unter anderem die Beratungsstruktur zur Weiterbildung ausgebaut werden, fordert Handwerksexperte Helmut Dittke vom DGB-Bundesvorstand. Weiterbildungstarifverträge und Sozialpartnervereinbarungen könnten den Rahmen für eine nachhaltige Weiterbildungskultur schaffen. Über verbindliche Tarifverträge könnten die Handwerksbranchen zudem ihr Image als attraktive Arbeitgeber bei jungen BewerberInnen verbessern, ist sich Dittke sicher.



## Personalie



Copyright: HWK Oberfranken

Gerald Nicklas (Mitte) bekam von Melanie Huml (links), Bayerische Staatssekretärin für Umwelt und Gesundheit, das Bundesverdienstkreuz überreicht.

**Gerald Nicklas** ist für sein gewerkschaftliches und soziales Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Unter anderem ist er Vorsitzender des IG BAU-Bezirksverbands Oberfranken, Mitglied im Gewerkschaftsbeirat, Delegierter zum Gewerkschaftstag und Mitglied in der Vertreterversammlung der Urlaubskasse Bayern. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Handwerk vertritt er im Vorstand und in der Vollversammlung der Handwerkskammer Oberfranken. Nicklas ist zudem ehrenamtlicher Arbeitsrichter und Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft.

**Fred Balsam**, Arbeitnehmer-Vizepräsident der Handwerkskammer zu Köln, ist für sein ehrenamtliches Engagement in der Selbstverwaltung und für die Ausbildung im Handwerk mit dem Verdienstorden des Landes NRW ausgezeichnet worden. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) überreichte die Auszeichnung. Balsam ist unter anderem aktiv bei Tarifverhandlungen für Kfz-Betriebe und hat sich vor allem um die Berufsbildung verdient gemacht. Als Bundessachverständiger hat er an der Neuordnung der Erstausbildung im Kfz-Handwerk und an der neuen Rechtsverordnung zum Meister mitgearbeitet. Hannelore Kraft lobte: „Fred Balsams ausgewiesene Sachkompetenz ist ebenso gefragt in Fachausschüssen des Bundesinstituts für Berufsbildung, des Deutschen und des Westdeutschen Handwerkskammertags oder im Zentralverband des Deutschen Handwerks.“ Auch in europäischen Gremien und international vertritt er überzeugend die besondere Qualität der dualen Ausbildung, so Kraft.

IG Metall NRW

## Für den Flächentarifvertrag

Mehrere hundert Beschäftigte aus dem Kfz-Handwerk sind dem Aufruf der IG Metall NRW gefolgt und haben Mitte Juli gegen die Tariffucht der Arbeitgeber protestiert. Die Tarifgemeinschaft der Kfz-Arbeitgeber hatte Mitte Juni angekündigt, kein Tarifpartner der IG Metall mehr sein zu wollen. Das sei ein



Copyright: IG Metall

*Kreativer Protest der IG Metall NRW. Ein Schrottauto zeigt, wie die Zukunft ohne Tarifbindung im Kfz-Gewerbe aussieht. Die deutliche Forderung an die Arbeitgeber: Zurück zum Flächentarifvertrag.*

Skandal, kommentiert Knut Giesler, IG Metall-Bezirksleiter in NRW. Der Hintergrund: Statt über einen Flächentarifvertrag zu verhandeln, hatten die Arbeitgeber im Kfz-Gewerbe NRW ihre Selbstaufflösung verkündet.

Bundesweit wurden hingegen neue Flächentarifverträge vereinbart, die deutliche Tarifierhöhungen vorsehen. Die IG Metall kündigt an, auch in NRW für den Flächentarifvertrag zu kämpfen. „Nur mit dem Flächentarifvertrag der IG Metall ist der Dumpingwettbewerb in der Branche zu stoppen. Was in jedem anderen Bundesland gilt, darf den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht verweigert werden“, betont Giesler. Weitere Proteste sind geplant.

## Vizepräsidenten-Tagung Dumpinglöhne im Fokus

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der Handwerkskammern zeigten sich auf ihrer Frühjahrstagung in Düsseldorf besorgt über

Entgelt bezahlt. Postvertriebsstück A 14574

die schwindende Tarifbindung im Handwerk. Die Novellierung der Handwerksordnung der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2004, die Betriebsgründungen erleichtert hat, bezeichneten die ArbeitnehmervertreterInnen als Fehler. Sie warnten vor einer zu großen Anzahl von unqualifizierten Betrieben, die nicht ausbilden könnten. Ein Grund: Häufig würden sich nur Scheinexistenzen hinter diesen Unternehmen verbergen. Die Ausbildungsleistung des Handwerks sei dadurch gefährdet. Aus diesem Grund haben die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten eine Resolution gestartet, um so eine Diskussion über Gute Arbeit im Handwerk anzustoßen. Zudem kritisierten die Vizepräsidenten die Lohnentwicklung im Handwerk. IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer forderte in ihrer Rede eine „solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes“ und eine Steuerreform, die eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand gewährleistet. Nicht zuletzt müsse der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wieder gesteigert werden“, so Schwitzer.

## Vizepräsidenten Bayern Austausch mit Staatssekretärin

Bei einem Meinungsaustausch mit Katja Hessel (FDP), Staatssekretärin im bayerischen Wirtschaftsministerium, haben die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der bayerischen Handwerkskammern ihre Positionen zu den Themen Fachkräftesicherung, Ausbildung, Mindestlohn und Leiharbeit deutlich gemacht. Einig war man sich, dass die duale Ausbildung ein Erfolgsgarant und die Fachkräftesicherung ein wichtiges Thema ist. Differenzen gab es bei den Themen Mindestlohn und Leiharbeit. Hessel betonte, dass das Kammerwesen von der FDP nicht angetastet werde – auch wenn einige Junge Liberale anderer Meinung seien.

## Nächste Ausgabe

Im nächsten *handwerksinfo* Anfang September stellen wir ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung zur Zulässigkeit von OT-Mitgliedschaften in Handwerksinnungen vor. Außerdem: Die DGB-Forderungen zur Bundestagswahl.

### Antrag auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des DGB

Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel ein Prozent des Bruttoeinkommens. Stark vergünstigte Beiträge gibt es für Studierende, Arbeitslose und Rentner. Weitere Infos unter: [www.dgb.de/service/mitglied\\_werden](http://www.dgb.de/service/mitglied_werden)

Ausfüllen, unterschreiben und an DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin schicken.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße / Haus-Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Nationalität: \_\_\_\_\_ Geschlecht: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Beschäftigung bei: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Beruflicher Status

Arbeiter/in  Angestellte/r  Beamtin/Beamter

Auszubildende/r  Student/in  Sonstiges

Monatl. Bruttoeinkommen: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir gemachten Angaben einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben, insbesondere der Mitgliederbestandsverwaltung, der Mitgliederinformationen sowie des Beitragabzuges im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet und genutzt werden können.

Ich bevollmächtige nebenstehend angekreuzte Gewerkschaft, meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem oben angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlöseverpflichtung. Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der oben genannten Gewerkschaft widerrufen.

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

